

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/128

8. Juli 1977

Hilfe ohne Umweg

Schwedens direkte Hilfe an Befreiungsbewegungen als Vorbild

Von Marie Schlei MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 / 33 Zeilen

Strauß und Kohl im Reich der Märchen

Von der "Geschlossenheit" und "Übereinstimmung" der CDU/CSU

Von Fred Zander MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 2 und 3 / 74 Zeilen

Hilfe für Mitmenschen steht vor staatlichem Strafen

Zum Urteil über eine Durchsuchungsaktion in einer Drogen-
Beratungsstelle

Von Dr. Hans de With MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der
Justiz

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Große Übereinstimmung von SPD und Gewerkschaften

Bemerkungen zur beschäftigungspolitischen Erklärung des
DGB-Bundesvorstandes

Von Egon Lutz MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 73 Zeilen

Chiefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herausgabe 3-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 488
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 00 29/30
Telex: 25 00 048-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Hilfe ohne Umweg

Schwedens direkte Hilfe an Befreiungsbewegungen als Vorbild

Von Marie Schiel MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Was in der Bundesrepublik heute noch nicht geschieht, ist in Schweden möglich: Die bürgerliche Regierung und die sie tragenden Parteien sowie die sozialdemokratische Opposition sind sich darin einig, die schwarzafrikanischen Befreiungsbewegungen direkt zu unterstützen. Vor wenigen Tagen hat die schwedische Regierung eine Unterstützung in Höhe von 21 Millionen DM an Befreiungsbewegungen und Flüchtlinge im südlichen Afrika bereitgestellt. Diese Haltung der schwedischen Regierung ist beachtlich. Sie wird von einem großen Teil der schwedischen Bevölkerung als richtig anerkannt und mitgetragen, und sie kann Vorbild für das Engagement anderer europäischer Regierungen sein. Auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Wir unterstützen die Mehrheit im südlichen Afrika. Wir fühlen uns mit denen solidarisch, die von den Konflikten dort am meisten betroffen sind, und mit denen, die dafür materielle Opfer bringen. Durch verstärkte entwicklungspolitische Leistungen an die Konfliktrandstaaten trägt die Bundesregierung zu einer Erleichterung der Not in dieser Region bei. Darüber hinaus hat die Bundesregierung in diesem Jahr Botswana, Sambia und Lotho Flüchtlingshilfe in Höhe von insgesamt zwei Millionen DM zugesagt. Sie wird den Regierungen der drei Länder treuhänderisch zur Verfügung gestellt und soll die Not der überwiegend jugendlichen Flüchtlinge aus Rhodesien und Südafrika lindern und ihnen zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen.

Die Lieferung von Waffen bleibt für uns nach wie vor ausgeschlossen; wir bleiben beim Prinzip des Gewaltverzichts. Aber wir können von den Schweden lernen.

Frühzeitig miteinander in direkte Verbindung zu treten ist - im Gegensatz zur Meinung und zur Haltung der Opposition - auch ein Beitrag zum Schutz der Minderheiten, den alle politischen Kräfte in diesem Land wollen. Wir verhandeln mit Politikern von Befreiungsbewegungen über ihre Anträge auf Unterbringung und Ausbildung von jungen Menschen, die durch den Freiheitskampf in Not geraten sind und deren Zukunft ohne Hilfe von außen in Frage stünde. Wir tun dies, weil es eine Zusammenarbeit mit zukünftigen unabhängigen Staaten dort sonst nicht geben kann; und wir tun dies, weil wir uns um den Minderheitenschutz sorgen. Diese Politik wäre noch wirkungsvoller, wenn wir unsere Hilfe ohne Umweg geben würden. (-/8.7.1977/bgy/lo)

+ + +

Strauß und Kohl im Reich der Märchen

Von der "Geschlossenheit" und "Übereinstimmung" der CDU/CSU

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Jugend, Familie und Gesundheit

Blauäugig verkünden Kohl und Strauß der staunenden Öffentlichkeit, zwischen CDU und CSU gebe es "keine Probleme", es herrsche "volle Übereinstimmung", das Klima zwischen beiden Parteien sei "sachbezogen" und "absolut kooperativ" und es gebe "keinen Dissens". Dies alles trotz Sonthofen, Kreuth, dem Streit um das Vollbeschäftigungsprogramm der CDU und um die richtige Strategie gegenüber der Koalition wie im Falle der Zustimmung Niedersachsens zum Sozialpaket!

Was davon zu halten ist, ist nicht zuletzt an den heftigen offenen Auseinandersetzungen innerhalb der Oppositionsparteien nach Verabschiedung des Sozialpaketes im Bundesrat abzulesen. Aber nicht nur die Frage der richtigen Strategie gegenüber der erfolgreichen Arbeit der Koalition bringt die CDU/CSU-Gewaltigen gegeneinander in Harnisch. Auch schwerwiegende inhaltliche Differenzen charakterisieren den desolaten Zustand der Opposition. Dies hat in letzter Zeit vor allem der Streit um das Vollbeschäftigungsprogramm des CDU-Vorstandes gezeigt.

Die Auseinandersetzung um die Frage des Erziehungsgeldes macht beispielhaft deutlich, daß kontroverse Ideen und Vorschläge innerhalb der Oppositionsparteien nicht einmal - wie das in demokratischen Parteien üblich sein sollte - diskutiert werden können, ohne daß sofort aus irgendeiner finsternen Ecke - meist aus der CSU - massive Drohungen ausgesprochen werden.

Die Frage des Erziehungsgeldes war bereits 1974 ein kontroverser Diskussionspunkt in der CDU/CSU. Dennoch wurde mit Zustimmung von Franz Josef Strauß ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem das Erziehungsgeld eingeführt werden sollte. Aber bereits im November 1974 machte Strauß gegen eine solche Maßnahme in seiner berühmt, berüchtigten Sonthofener Rede Front: Für die Einführung des Erziehungsgeldes fehle "jede finanzielle Verwirklichungsmöglichkeit auf unabsehbare Zeit".

Sehr bald fanden auch andere findige Leute in der CDU/CSU heraus, daß das Erziehungsgeld eine kostenwirksame Maßnahme ist und daher auch die Finanzierung sichergestellt sein muß. Ergebnis: Der CDU/CSU-Antrag auf Einführung des Erziehungsgeldes wurde zurückgezogen. Um dies Hin und Her zu verdecken, wurde alle Schuld auf die "notleidenden Staatsfinanzen" geschoben.

Dies hat allerdings den CDU-Bundesvorstand nicht davon abgehalten, erneut - nachdem die Bundesregierung und die Koalitionsparteien schon

längst brauchbare Vorschläge zur Beschäftigungspolitik vorgelegt haben und entsprechend handeln - erneut innerhalb seines Programms zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung das Erziehungsgeld vorzuschlagen.

Und nun demonstrieren CDU und CSU Schlag auf Schlag ihre "Geschlossenheit" und "Übereinstimmung".

Am 5. Juni 1977, also bereits einen Tag vor der offiziellen Vorstellung des Programms, wettete Franz Josef Strauß in "Bild am Sonntag" dagegen, insbesondere aber gegen das Erziehungsgeld. Dies sei eine sozialdemokratische Idee und der gewünschte Erfolg würde in einem unangemessenen Verhältnis zum finanziellen Aufwand stehen.

Auch die CDU-Haushaltsexperten Leicht und Häfele äußerten ihre Bedenken. Und Gerold Tandler, CSU-Generalsekretär, sprach in der Tagesschau vom 14. Juni 1977 gar den Verdacht aus, "daß es hier um Maßnahmen geht, die sich mit unserem Verständnis der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbaren lassen." Und hinterher gleich die Kreuther Drohung: "Entweder es gibt (in dieser Frage) die Abstimmung miteinander oder es gibt die Abstimmung nicht. Wenn es diese Abstimmung nicht gibt, frage ich mich, wozu es dann noch eine gemeinsame Fraktion geben soll."

Dagegen halten in erster Linie die CDU-Sozialausschüsse unter ihrem neuen Vorsitzenden und CDU-Bundesvorstandsmitglied Norbert Blüm. Auf ihrer Bundestagung am 4./5.6.77 wurde ein Antrag verabschiedet, in dem "Zahlung eines Erziehungsgeldes" gefordert wird. Am 28. Juni 1977 wird dies von Schatzmeister Wolfgang Vogt bekräftigt.

Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Helga Wex schreibt im Deutschland-Union-Dienst vom 10. Juni 1977: "Die Auswirkung des Erziehungsgeldes" auf die Arbeitsmarktsituation spielt eine wichtige Rolle. Und: "Das Projekt, Erziehungsgeld ist wichtig für eine Gesellschaftspolitik, die die Chancen des einzelnen vermehren will."

Und der CSA-Vorstand unter Vorsitz von Sozialminister Pirkel fordert am 24. Juni 1977: "In unserer arbeitspolitischen und finanzpolitischen Situation ist das Erziehungsgeld die dringendste und sinnvollste Verbesserung."

"Erhebliche Bedenken" jedoch gegen die Einführung des Erziehungsgeldes zum jetzigen Zeitpunkt äußerte wiederum zuletzt der Vorstand der CDU/CSU - Mittelstandsvereinigung in einer Mitteilung vom 28. Juni 1977. In diesem Stil wird das wohl noch immer weitergehen.

Wer jetzt noch behauptet, CDU und CSU arbeiteten "absolut sachbezogen" miteinander und "ohne Dissens" gehört ins Reich der Märchen. Bei den entsprechenden Äußerungen von Strauß und Kohl scheint das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern Pate gestanden zu haben. (-/8.7.1977/vo-he/

+ + +

Hilfe für Mitmenschen steht vor staatlichem Strafen

Zum Urteil über eine Durchsuchungsaktion in einer Drogen-Beratungsstelle

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Die Bekämpfung des Mißbrauchs von Drogen hat in der öffentlichen Meinung der letzten Jahre einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Vor allem im Interesse von jungen Menschen. Staat und Gesellschaft bemühen sich seit langem in vielerlei Hinsicht, dieses schwer lösbaren Problems Herr zu werden.

Dabei geht es einerseits darum, die Drogenhändler zu verfolgen, zu fassen und hart zu bestrafen. Welch große Bedeutung die Strafverfolgung von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz hat, kommt in den neuen Zugriffsmöglichkeiten zum Ausdruck, die das Erste Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 9. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3393) geschaffen hat. Seitdem kann der Fernmeldeverkehr nach § 100 a Satz 1 Strafprozeßordnung bei schweren Fällen der Betäubungsmittelkriminalität überwacht werden.

Die Bekämpfung des Betäubungsmittelmißbrauchs hat aber stets auch und vor allem auf einem Felde stattgefunden, das nicht Justiz und Polizei gehört, sondern Medizinern und Sozialarbeitern. Hier geht es um die Beratung und Heilung von Drogenabhängigen.

Beides, Verfolgung und Beratung zur Heilung, ist wichtig und vollzieht sich im Regelfall reibungslos nebeneinander. Daß es dabei aber auch statt des Mit- oder Nebeneinanders ein Gegeneinander geben kann, zeigt der Fall, den das Bundesverfassungsgericht jetzt entschieden hat:

Im Oktober 1975 hatte die Staatsanwaltschaft Aachen aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Amtsgerichts die Drogenberatungsstelle des Caritas-Verbandes Aachen durchsuchen und schriftliche Unterlagen sicherstellen lassen, in welche die dort tätigen Sozialarbeiter die Daten eingetragen hatten, die ihnen die betreuten Personen anvertraut hatten. Diese sichergestellten Unterlagen ließ die Staatsanwaltschaft durch Gerichtsbeschluß be-

schlagnahmen, da sich aus ihnen Anhaltspunkte für einen strafbaren Erwerb und Besitz von Rauschgift durch die Klienten der Beratungsstelle ergeben hatten.

In diesem Konflikt zwischen Strafverfolgern und Therapeuten hat das Bundesverfassungsgericht jetzt in einem Beschluß vom 24. Mai 1977 (BvR 988/75) - soweit nach den Leitsätzen und der Presseerklärung des Bundesverfassungsgerichtes ersichtlich - einen Mittelweg auf der Grundlage des Prinzips der Verhältnismäßigkeit gewiesen.

Der bloße Verdacht, Klienten einer Beratungsstelle könnten sich durch den Erwerb und Besitz von Betäubungsmitteln strafbar gemacht und solche Stoffe von illegalen Händlern besorgt haben, genüge als Rechtfertigung für die Beschlagnahme der Unterlagen nicht. Staatliche Eingriffe gegen Beratungsstellen seien zwar nicht schlechthin ausgeschlossen, sie verletzen aber dann Grundrechte der Berater und Klienten, wenn der durch den Eingriff verursachte Schaden für die Gesundheitsfürsorge außer Verhältnis zu dem erreichbaren Erfolg für die Strafverfolgung stehe. Im vorliegenden Fall meint das Bundesverfassungsgericht deshalb, daß die Beschlagnahme der Unterlagen gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen habe: Die ratsuchenden Drogenabhängigen seien in ihrem Grundrecht auf Achtung der Privatsphäre, der Träger der betreffenden Sozialberatungsstellen sei in seinem Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit verletzt worden.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts ist zu begrüßen. Er betont die Gleichwertigkeit von Strafverfolgung und Heilung. Er wird einmal Aktionen verhindern, in denen Strafverfolger bei bloßer Beachtung des Verfolgungszwanges nach der Strafprozeßordnung das Grundrecht des Betroffenen auf Achtung seiner Privatsphäre verletzen und damit generell Heilungserfolge blockieren könnten. Er gebietet andererseits auch nicht, daß mit dem Hinweis auf Offenhaltung des Zugangs zur Beratung und auf das Recht der Achtung der Privatsphäre in allen Fällen bei der Verfolgung von Betäubungsmittelkriminalität auf Zwangsmaßnahmen zu verzichten sei; ungerechtfertigte Deckmäntel können damit nicht entstehen.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes entspricht dem Axiom, das die Rechtspolitik der Bundesregierung prägt: Staatliches Strafen darf nicht über der Hilfe für Mitmenschen in Not stehen. (-/8.7.1977/va-he/hgs)

Große Übereinstimmung von SPD und Gewerkschaften

Bemerkungen zur beschäftigungspolitischen Erklärung des DGB-Bundesvorstandes

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesvorstand des DGB hat dieser Tage eine Erklärung zur Beschäftigungspolitik verabschiedet, die es verdient, aufmerksam gelesen zu werden. Vergleicht man das, was die DGB-Vorstandsherren empfehlen, mit den beschäftigungspolitischen Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion, dann fällt das hohe Maß an Übereinstimmung der DGB- und SPD-Überlegungen auf. Gewerkschaften und Sozialdemokraten gehen davon aus, daß es keinen Königsweg zum Abbau der hohen Arbeitslosenzahlen gibt, sondern daß man ein Bündel von Maßnahmen ergreifen müsse. Im einzelnen nennt der DGB - und man kann ihm dabei Wort für Wort zustimmen - folgende Maßnahmen:

- Eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik zur Ausweitung von Investitionen und Beschäftigung in Bereichen gesellschaftspolitischen Nachholbedarfs,
- vorausschauende Strukturpolitik, Kontrolle öffentlicher Subventionen in Bezug auf ihre Beschäftigungswirkung,
- beschäftigungsorientierte Auftragsvergabe der öffentlichen Hände,
- Senkung des Zinsniveaus, wettbewerbs- und marktpolitische Ergänzung der Stabilitätspolitik,
- ausreichende Erhöhung der Masseneinkommen, Stützung der Nachfrage,
- Verstärkung und Verbesserung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,
- Einbeziehung der Bundesanstalt für Arbeit in alle beschäftigungspolitisch bedeutsamen Entscheidungen,
- eine beschäftigungswirksame Technologiepolitik,
- das gesetzliche Verbot des gewerblichen Arbeitskräfteverleihs,
- Ausbau des gesetzlichen und tariflichen Kündigungsschutzes und
- weitere Humanisierung der Arbeitsbedingungen.

Ein Teil des Produktivitätsfortschritts müsse künftig in Form von mehr Freizeit weitergegeben werden, meint der DGB und nennt im einzelnen:

- Einführung eines 10. Pflichtschuljahres,
- Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres als 11. Schuljahr mit voller Anrechnung auf die Ausbildungszeit,
- verbesserte Förderung der beruflichen Umschulung und Fortbildung,
- Verlängerung des Jahresurlaubs,
- Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Männer und Frauen ab 60 Jahre,
- vorzeitiger Bezug der Altersrente für Arbeitslose über 59 Jahre,
- branchendifferenzierte Verkürzung der Jahres-, Wochen-, Tages-, Schicht- oder Stundenarbeit bei vollem Lohnausgleich,
- Reform der Arbeitszeitordnung, Verkürzung der Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden, Erschwerung der Erlaubnis für Überstunden und die

- Ausweitung des Angebots von Teilzeitarbeitsplätzen.

Es ist erfreulich, daß sich die Gewerkschaftsforderungen nicht nur an die Adresse des Gesetzgebers richten, sondern auch für den eigenen Hausgebrauch gedacht sind. Denkt man die Erklärung konsequent zuende, ist mit einer erheblichen Umorientierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in den kommenden Jahren zu rechnen. Bei den alljährlich anstehenden tarifpolitischen Verteilungskämpfen wird es künftig neben Lohnfragen sehr viel stärker um arbeitszeitverkürzende Maßnahmen gehen. Die Lohnrate wird zugunsten von mehr Freizeit weniger kräftig ansteigen, und man wird von Branche zu Branche sehr genau überdenken, ob man bei den Verhandlungen mehr Urlaub oder kürzere Wochenarbeitszeiten oder beides fordert.

Die Forderungen, die der DGB an den Gesetzgeber richtet, gehen ins Geld. Eine beschäftigungsorientierte Finanz-, Investitions- und Strukturpolitik ist ohne Einnahmeverbesserungen des Staates nicht zu schaffen. Wer das Trauerspiel um die beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer in frischer Erinnerung hat, dem werden Zweifel aufkommen, daß für eine solche Politik der Koalitionspartner oder gar die Oppositionsparteien gewonnen werden können. Ähnlich schwierig, wenn nicht gar aussichtslos ist die Forderung nach Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze. Eine solche Maßnahme müßte unmittelbar zu Beitragserhöhungen in der Rentenversicherung führen. Der DGB schließt so etwas zwar nicht aus. Das Problem ist nur, ob den Arbeitnehmern weitere Beitragssteigerungen zugemutet werden können. Auch die SPD-Bundestagsfraktion sieht die beschäftigungspolitische Bedeutung einer Herabsetzung der Altersgrenze, fürchtet aber die finanziellen Folgen und zögert deshalb, sich der DGB-Forderung anzuschließen.

Es ist erfreulich, daß der DGB seine Positionen klar bezogen hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihren Standpunkt markiert. Die Opposition hat mit viel Getöse ein "Vollbeschäftigungsprogramm" formuliert und weiß nun nicht mehr recht, was sie nach dem bayerischen Einspruch noch davon halten soll. Den Unternehmerverbänden fällt zum Thema Vollbeschäftigung eigentlich immer nur ein, noch größere Steuererleichterungen zu verlangen. Bei den Freien Demokraten herrscht auffallende Funkstille. Da die Zeit drängt, und der nächste Winter früher vor der Tür steht als uns allen lieb sein kann, wäre es wünschenswert, wenn alle politischen und gesellschaftspolitischen Gruppen ihre Positionen deutlich und unmißverständlich beziehen würden, damit das Gespräch über eine konzertierte Aktion zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung eröffnet werden kann. (-/8.7.1977/bgy/ben)